



Hauptausschuss

83. Sitzung (öffentlich)

16. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 10:57 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken** **5**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7991

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15185

In Verbindung mit:
- 2 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15184

In Verbindung mit:

3 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15183

Ausschussprotokoll 17/1147 (Anhörung vom 01.10.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/7914 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8746 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag Drucksache 17/15184 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8778 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von SPD bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 4 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtsgesetzes 18**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen,
kein Votum abzugeben und seine Beratung zu beenden.
- 5 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende
Kinder- und Jugendpolitik entwickeln! 19**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an einer Anhörung
zu beteiligen, falls der federführende Ausschuss eine solche
beschließt.
- 6 Verschiedenes 20**
- keine Wortbeiträge
- 7 Im Anschluss an die Sitzung ab 11:30 Uhr in der Stiftung „Haus der
Geschichte Nordrhein-Westfalen“: Besichtigung der Stiftungsräumlich-
keiten und Rundgang durch die Jubiläumsausstellung „UNSER LAND.
75 Jahre Nordrhein-Westfalen“ 21**
- Wortbeiträge

1 Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7991

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15185

In Verbindung mit:

2 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15184

In Verbindung mit:

3 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15183

Ausschussprotokoll 17/1147 (Anhörung vom 01.10.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/7914 an den Hauptausschuss – federführend –, an den Innenausschuss, an den

Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Integrationsausschuss am 27.11.2019

Überweisung des Antrags Drucksache 17/8746 an den Hauptausschuss – federführend –, an den Innenausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Integrationsausschuss am 12.03.2020

Überweisung des Antrags Drucksache 17/8778 an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Hauptausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Integrationsausschuss am 12.03.2020)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Wir haben ausgewiesen, dass wir die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 in Verbindung miteinander beraten, über die Anträge aber separat abstimmen, weil sie thematisch zusammenhängen und wir eine Anhörung zu allen drei TOPs durchgeführt haben. Alles, was wir nun beraten, beruht auf getrennten Anträgen, aber in gewissem Maße einem gemeinsamen Beratungsverfahren seit Ende 2019.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einem ziemlich langen Prozess – es sind fast genau zwei Jahre – schließen wir diesen Themenblock zumindest im Hauptausschuss heute ab. Dieser Themenblock ist nach wie vor extrem aktuell und extrem wichtig. Obwohl die Anträge teilweise schon etwas älter sind, ist die Aktualität leider weiterhin gegeben. Die damit verbundene Zielsetzung steht nach wie vor im Fokus unseres politischen Handelns. Das gilt zumindest für die demokratischen Fraktionen in diesem Haus. Das unterstelle ich, und da sehe ich große Einigkeit.

Inzwischen sind schon einige Dinge, die wir mit dem Antrag zum Masterplan, aber auch anderswo, gefordert haben, auf den Weg gebracht worden. Das gilt aber eben nur für einige wenige Dinge. Andere Forderungen werden geprüft. Es ist also etwas in Gang. Das spürt man, und man spürt auch eine gewisse Übereinstimmung. Eine Schnittmenge ist ohne Zweifel vorhanden, sie war aber nicht so groß, dass wir uns letztendlich auf einen gemeinsamen Antrag hätten einigen können. Das ist zwar bedauerlich, zeigt aber auch, dass man diese Dinge von verschiedenen Seiten und unterschiedlich angehen kann. In der Zielsetzung, nämlich dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus, sind wir uns ohne Zweifel einig.

Die Anhörung war, wie man sagen muss, sehr erhellend. Dabei wurde sehr stark herausgearbeitet, wo offensichtlich noch Nachholbedarf besteht. Es war erstaunlich, wie stark das Thema „Bildung“ – das gilt nicht nur für die Bildung in den Schulen, sondern auch für politische Bildung – in den Fokus geraten ist. Es wurde mehrfach und von vielen Sachverständigen betont, dass wir uns dieser Aufgabe weiterhin verstärkt widmen müssen, weil Bildung die Voraussetzung für ein demokratisches Bewusstsein ist.

Ein Sachverständiger sagte, wir könnten nicht früh genug anfangen und müssten schon in den Grundschulen die Grundlagen dafür legen, dass Kinder das demokratische Zusammenspiel miteinander lernen. Das war eine sehr deutliche und klare Ansage.

Auch die Überlegungen hinsichtlich der Möglichkeiten für staatliche Institutionen, etwas zu tun, war eigentlich einhellig. Die verschiedenen Meldestellen werden eine wichtige Rolle spielen, die Gesellschaft spielt eine sehr wichtige Rolle. Es wurde sehr betont, dass all die Gruppen, die sich diesem Thema gewidmet haben, einer verlässlichen Unterstützung bedürften. Die Kontinuität der Unterstützung der gesellschaftlichen Gruppen ist extrem wichtig. Wenn es keine verlässliche Finanzierung gibt, sind die dort engagierten Menschen immer nur mit halbem Herzen dabei, weil sie ja stets darüber nachdenken, wie sie im kommenden Jahr ihren Lebensunterhalt sichern können. Das ist sicherlich nicht förderlich für diese Arbeit.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es, wenn man das einmal grob übereinanderlegt, relativ viele Gemeinsamkeiten gibt. Das habe ich schon gesagt. Geht man ins Detail, so sieht man, dass etwa in Bezug auf die von den Sachverständigen unterstützte Dunkelfeldstudie den jeweils gleichlautenden Forderungen in den Entschließungsanträgen der regierungstragenden Fraktionen nicht zu entnehmen ist, ob man sich so eindeutig hinter eine solche Dunkelfeldstudie oder auch hinter eine wissenschaftliche Studie zur Erforschung der Vorgehensweise der Polizei stellt. Das ist nicht eindeutig. Das ist aus meiner Sicht ein Zeichen, das sich auch in den 19 Punkten im Entschließungsantrag der regierungstragenden Fraktionen widerspiegelt. In diesen 19 Punkten steht sehr viel von Prüfungen, sehr viel Ungenaues; es ist keine klare Aussage enthalten. Das verstehe ich. Ein dreiviertel Jahr vor der Wahl und mitten im heißen Wahlkampf zum Bundestag hält man sich ein bisschen zurück. Wir hätten uns gewünscht, dass die Entschließungsanträge mehr Eindeutigkeiten enthalten hätten.

Wir werden uns deshalb, wie ich schon jetzt sagen kann, bei der Abstimmung über die Entschließungsanträge der regierungstragenden Fraktionen enthalten. Wir werden also weder zustimmen noch dagegenstimmen, weil wir sie für nicht weitgehend genug halten. Wir haben das Gefühl, dass sie ein bisschen, aber nicht ganz springen.

Wir stehen insgesamt nach wie vor hinter unseren Forderungen. Das gilt insbesondere für den Masterplan, der ja ein umfassendes Werk ist und sehr viele Fachbereiche betrifft.

Aus unserer Sicht ist das ein guter Anstoß, damit die IMAG noch einmal Impulse bekommt, um das Thema vertieft anzugehen und vertieft daran zu arbeiten.

Wir würden uns wünschen, dass man vielleicht außerhalb des einerseits heißen und andererseits langsam anlaufenden Wahlkampfs noch einmal in anderer Form über das Thema diskutiert.

Herr Staatssekretär Kaiser, außerdem würden wir uns natürlich sehr freuen, wenn uns der Demokratiebericht bald vorläge. Es ist ja schon Mitte des Monats, er müsste also eigentlich täglich eintrudeln. In den Anträgen von CDU und FDP ist schon die Rede vom zweiten Demokratiebericht. Das finde ich sehr forsch, wenn der erste noch nicht auf dem Tisch liegt. Es würde uns also sehr freuen, wenn wir uns damit auseinander-

setzen und dann einmal etwas konkreter werden könnten als das, was von den regierungstragenden Fraktionen vorgeschlagen wurde.

Wir haben Ihnen ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Einige Sachen sind, wie gesagt, erledigt. Das sind aber nur einige wenige.

In Bezug auf einen Aspekt – das Versammlungsrecht – gibt es sehr konträre Meinungen. Ansonsten könnte man das aber sicherlich noch einmal angehen. Wir bauen darauf, dass die demokratischen Fraktionen in Zukunft weiterhin gemeinsam an dem Thema „Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus“ arbeiten werden. In diesem Sinne hoffen wir, dass das nicht der letzte Aufschlag zu dem Thema war.

Daniel Hagemeier (CDU): Wie Sie, Frau Müller-Witt, es einleitend mit Ihren Worten umschrieben haben, war es ein wirklich sehr langer Prozess. Die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stammen ja aus dem Jahr 2019 bzw. 2020.

Völlig losgelöst vom Bundestagswahlkampf, in dem sich ja alle Parteien, die hier im Raum vertreten sind, sowie weitere Parteien befinden, können wir, wie ich denke, durchaus feststellen, dass wir in Obleuterunden, vergangenen Hauptausschusssitzungen und vor allem auf Referentenebene sehr intensiv versucht haben, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Dass wir heute erst einmal final ein Ergebnis haben, ist gut. Das heißt ja nicht, dass dieser Prozess heute für immer abgeschlossen ist. Die CDU-Fraktion ist also, wie ich direkt vorab sagen kann, immer offen für eine weitere Diskussion und einen Austausch. In der Sache liegen wir, wie Sie bereits betont haben, in einigen Bereichen gar nicht weit auseinander.

Als NRW-Koalition treten wir dem Rechtsextremismus und politisch motivierter Gewalt in unserem Land entschieden entgegen. Das tun wir, zumindest die demokratischen Parteien, meiner Meinung nach ja alle.

Ich weise auf unseren Entschließungsantrag hin, in dem wir es, wie ich finde, sehr auf den Punkt gebracht und 19 zentrale Punkte, mit denen wir den Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken wollen, sehr klar benannt haben.

Setzen wir uns mit den Anträgen von Ihnen aus dem Jahr 2019 bzw. 2020 auseinander, so enthalten diese einige Forderungspunkte, die längst vorangebracht wurden bzw. werden und zum Teil veraltet sind.

Daher sind unsere Entschließungsanträge aus meiner Sicht noch zielführender, um den angestrebten Weg zu erreichen und letztendlich neue Maßstäbe zu setzen.

Außerdem möchte ich noch sagen, dass wir als NRW-Koalition auf dem Gebiet der Extremismusbekämpfung bereits proaktiv und umfassend tätig sind. Das gilt vor allem für die Bereiche „Demokratieförderung“ und „politische Bildung“. Mit der Antisemitismusbeauftragten des Landes stehen wir in einem ständigen Austausch – auch hier im Ausschuss – und wollen gemeinsam konsequent ihre Arbeit stärken. So soll nun in NRW eine Meldestelle Antisemitismus eingerichtet werden, deren Ziel es ist, das Dunkelfeld auch strafrechtlich nicht relevanter antisemitischer Vorfälle zu erhellen.

Im Oktober 2020 haben der Hauptausschuss, der Innenausschuss sowie der Ausschuss für Schule und Bildung eine sehr umfangreiche Anhörung zum Thema „Rechtsextremismus“ durchgeführt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse, Einschätzungen und Forderungen zu den Themenblöcken „Prävention und (politische) Bildung“, „Polizei, Justiz und Recht“ sowie „Forschung und Monitoring“ wollen wir konsequent aufgreifen und noch weiter voranbringen.

Für die NRW-Koalition kann ich außerdem sagen, dass die politische Bildung und die Medienkompetenz zentrale Elemente auch im Hinblick auf demokratische Resilienz sind. Hier werden das Grundgerüst der Demokratie und die Prinzipien der demokratischen Entscheidungsfindung vermittelt.

Nordrhein-Westfalen hat bereits erfolgreich arbeitende Beratungseinrichtungen. Gleichwohl sind die Angebote natürlich zu stärken und auch auszubauen. Rahmenbedingungen sind immer weiter zu verbessern und die bereitgestellten Mittel am Handlungsbedarf auszurichten.

Ich verweise außerdem auf den Haushalt. In den vergangenen Haushaltsjahren haben wir die bereitgestellten Landesmittel stets erhöht. Betrachtet man die Haushalte 2019 und 2020, so gab es Erhöhungen um 3 %. Außerdem wurde die Grundlage für eine überjährige Finanzierung gelegt. Damit bestand im Haushaltsjahr 2021 die Möglichkeit, eine Bewilligung der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus bis zum Jahr 2024 auszusprechen.

Insgesamt sind wir, wie gesagt mit unseren 19 Punkten, die wir mit unseren Entschließungsanträgen auf den Weg bringen, zielführend und gut aufgestellt. Diesen Entschließungsanträgen werden wir natürlich zustimmen. Das versteht sich von selbst. Aufgrund der bereits von mir genannten Aspekte, etwa dass einige Punkte, die Sie mit Ihren Anträgen anschneiden, bereits vorangebracht worden und zum Teil veraltet sind, werden wir Ihre Anträge nicht mittragen, sind aber offen für einen weiteren Austausch hier im Ausschuss und natürlich auch in der Obleuterunde.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch einmal zum Hintergrund, zur Ausgangslage der Anträge. Wir reden immerhin darüber, dass es in Halle einen Anschlag gab, bei dem zahlreiche Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher kultureller Prägung ermordet worden sind. Nur eine Tür, also nicht die Polizei, konnte sehr viele Menschen vor dem Tod bewahren. Ein aufrechter Regierungsbeamter aus Kassel wurde auf seiner Terrasse erschossen, weil er seine Politik dazu genutzt hat, um sehr klar gegen Gewalt gegen Geflüchtete Stellung zu beziehen – auch innerhalb seiner Partei und innerhalb der Strukturen.

Ich bin froh, dass es jetzt sehr klare Worte zu dem Urteil in Zwickau gibt, wo das Gericht der Meinung ist, dass auf einem Plakat die Marke des Parteienamens der Grünen nicht klar erkennbar sei und insofern der freien Meinungsäußerung Genüge getan sei, wenn man die Aufforderung zur Ermordung, zum Aufhängen von Grünen einfach nur 100 m von den Plakaten der Grünen weghänge. Dass das immer wieder leider in dieser Schärfe diskutiert wurden muss, hätte ich mir als jemand aus dem Ruhrgebiet, wo

die Auseinandersetzung mit Rechten ebenfalls immer mal wieder Thema ist, vor dreißig Jahren nicht gedacht. Insofern bin ich froh, dass hier erst einmal ein klarer Konsens in Bezug auf die politische Einordnung besteht.

Ich will allerdings noch auf ein paar Ausprägungen hinweisen.

Der Rechtsextremismus und der Rechtsterrorismus in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen sind von einer enormen Gewaltbereitschaft geprägt, richten sich immer wieder gegen Personen. Es wird systematisch vorgegangen, und Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind auch davon geprägt, dass der Terror mit Vorbereitungsmaßnahmen ... Es gibt eine ganze Menge Menschen, die Waffen besitzen, in dieser Szene unterwegs sind und die sich in Kampfsportgruppen auf Straßeneinsätze vorbereiten. Insofern ist das allgegenwärtig. Das alles wissen Sie, das haben wir schon diskutiert. Ich will niemanden belehren, sondern nur noch einmal die Dimension deutlich machen.

Vor dem Hintergrund passiert in Nordrhein-Westfalen seit einiger Zeit einiges. Das ist sehr klar anzuerkennen. Ich möchte dabei allerdings zwei Ebenen unterscheiden, weil das meines Erachtens ein bisschen das Problem zwischen den Anträgen der regierungstragenden Fraktionen und den Anträgen von SPD und Grünen ist. Es gibt die Beratungsebene, und es gibt Institutionenebenen. Im Bereich der Beratungsebene haben wir sehr gute Strukturen, die verstetigt und ausgebaut werden müssen. Das findet sich in den Anträgen nur bedingt wieder. Wo unserer Auffassung nach deutlich mehr passieren müsste, ist die Erfassung. Es geht also um die Dunkelfeldstudien. In der Anhörung ist ja auch noch einmal deutlich geworden – Gewalt gegen Frauen –, dass das systematischer zu erfassen ist.

Das ist aber nicht damit zu verwechseln, dass es institutionelle Probleme gibt. Wenn es innerhalb der Polizei etwas zu untersuchen gibt, dann ist das etwas anderes als die Beratung von Opfern rechtsextremer oder rechtsterroristischer Gewalt. Das müssen wir bitte deutlicher voneinander trennen und deutlicher thematisieren.

Ich persönlich war nicht an den Gesprächen beteiligt und kann deswegen nur davon berichten, was mir gesagt wurde. Meine Fraktion hatte ein bisschen den Eindruck, als ob die Gesprächsatmosphäre, als es konkret wurde und die Anträge abgestimmt werden sollten, die Forderungen also fix gemacht werden sollten, doch etwas dünner geworden ist und die Bereitschaft, das in konkrete Szenarien zu fassen, nicht mehr so ganz gegeben war.

Ausdrücklich anerkennen wollen wir natürlich, dass Sie die Programme, die von SPD und Grünen eingeführt wurden, loben und weiterführen wollen. Das ist gut, und auch die Grundlage halten wir erst einmal für richtig.

Die von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestellten Anträge überschneiden sich im Wesentlichen mit dem, was wir für richtig halten. An einer Stelle unterscheiden wir uns relativ deutlich, und zwar in Bezug auf das Programm „Wegweiser“. Unseres Erachtens ist das nicht ganz präzise, weil die Kompetenz der Beratungsstrukturen, die nicht an die Polizei gekoppelt sind, aus unserer Sicht unabhängiger arbeiten und es dort einen stärkeren Fokus gibt. Da drohen Doppelstrukturen.

In der Anhörung wichtig war, wie ich betonen möchte, weil das aus meiner Sicht der Aktualisierung dient, das Thema „Verschwörungsmythen“. Gerade in der rechtsextremen Szene wird ja systematisch damit gearbeitet. Deswegen wäre auf die Aufklärung ein wesentlicher Fokus zu legen. Ich denke, dass wir da inhaltlich keine unterschiedliche Auffassung haben. Wir sehen schließlich, dass jetzt im Bundestagswahlkampf auch von ausländischen Staaten versucht wird, mit Fake News, mit organisierten Attacken auf die freie Meinungsbildung ganz bewusst staatliche Strukturen zu bekämpfen, zu hintertreiben und die Meinungsbildung von Personen so massiv zu beeinflussen, dass man davon sprechen kann, dass da eine gewisse Gefahr besteht.

Beim Antrag der SPD werden wir uns konsequenterweise enthalten. Die Anträge der regierungstragenden Fraktionen halten wir für nicht weitgehend genug und hoffen, dass es nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, dass Sie weiter daran arbeiten wollen. Ihre Anträge werden wir ablehnen.

Andreas Keith (AfD): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich weiß nicht, ob es Zufall ist, dass wir seit gestern Abend Jom Kippur haben und die Sitzung heute stattfindet. Der Feiertag besagt ja, dass man das, was man vor zehn Tagen am jüdischen Neujahrsfest ... In der Zeit sollte man ein Stück weit an sich, also an den Fehlern, die man gemacht hat, oder den Versäumnissen, die man für sich selbst feststellt, arbeiten, um sich dann heute ins Buch des Lebens einzutragen. Da kann man sich in gute, schlechte und mittlere Menschen kategorisieren.

Wenn ich das mal auf die Anträge übertrage, dann haben wir bei der SPD – das haben Sie versäumt – leider einen schlechten Antrag, weil Sie mal wieder das tun, was Sie immer tun. Sie differenzieren eigentlich nicht zwischen den verschiedenen Extremismusformen und werfen Begrifflichkeiten durcheinander.

Die Grünen machen es genauso. Da wird von Rechtsradikalität und Rechtsextremismus geschrieben. Es kommt immer nur aus einer Ecke. So richtig, wie Sie das alles teilweise beschreiben, so falsch ist letzten Endes der Ansatz, den Sie wählen. Deswegen gleich vorweg: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Etwas differenzierter macht es die CDU. Deswegen würde ich den Antrag in das Buch für die Mittleren einordnen. Es ist ein mittelmäßiger Antrag. Sie arbeiten das schärfer auf und zeigen deutlich, was man tun kann. Daher werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich – da können Sie sich noch so sehr demokratisch und die einzigen demokratischen Parteien hier im Haus nennen –: Demokratie fängt in gewissem Maße auch damit an, dass man andere Meinungen zulässt, auch wenn sie einem selbst nicht gefallen. – Und es ist ja ganz deutlich, dass Sie das nicht tun. Sie können das hier so sagen, aber die Bürger draußen haben, wie ich denke, längst mitbekommen, dass Sie in Ihrer eigenen Blase leben und das alles eher Phrasen als wirkliche Feststellungen sind. Ihr Demokratieverständnis lässt zumindest in diesem Punkt stark zu wünschen übrig.

Auch Folgendes sage ich ganz klar und deutlich; Herr Wagner hat es im Parlament schon oft gesagt, und ich stehe zu 100 % dahinter: Jeder Extremist, völlig egal, aus

welchem Lager er kommt, ist Mist. Da ist es egal, ob es ein rechter Idiot ist, der Häuser mit Hakenkreuzen beschmiert, ob es Graue Wölfe sind, die mit ihrem Zeichen durch die Straßen ziehen und türkische Mitbürger bedrohen, oder ob es Linksextremisten sind, die zu Gewalttaten gegen jüdische Einrichtungen und zum Boykott aufrufen. Alle Leute sollten wissen, dass man solche Dinge nicht unterstützen darf und soll.

Natürlich ist es richtig und wichtig, dass ein Staat Mittel zur Verfügung stellt, um junge Menschen darauf hinzuweisen und sie gegen solches Gedankengut stark zu machen.

Es ist wirklich traurig, dass Sie dies immer nur aus einer Warte heraus sehen. Die Bedrohung ist ja da. Es gibt Studien über die Grauen Wölfe und andere Extremismuskategorien. Sie legen das einfach so beiseite, das gibt es in Ihrer Welt irgendwie nicht; das finde ich total schade.

Herr Dr. Pincus hat es in der Anhörung auf den Punkt gebracht:

„Es gibt muslimischen Antisemitismus, und es gibt auch linken Antisemitismus, der hier noch mit keinem Wort erwähnt wurde.“

Ein ehrlicher Umgang mit den unterschiedlichen Phänomenen ebenso wie eine sachgerechte Aufarbeitung der sehr unterschiedlichen Ursachen ist Grundvoraussetzung für ein gelingendes Gesamtkonzept. Das trifft es aus meiner Sicht sehr deutlich. Daher müssen wir die Anträge der SPD leider ablehnen, weil sie völlig unzureichend sind. Bei dem der CDU enthalten wir uns, wie ich schon gesagt habe.

Angela Freimuth (FDP): Da bin ich ja mal gespannt, wie Sie sich zum Antrag der FDP verhalten werden – aber das nur am Rande.

(Andreas Keith [AfD]: Ist das alles so lustig hier? Das zeigt die Ernsthaftigkeit!)

Der Zusammenfall mit Jom Kippur, dem Versöhnungstag, ist sicherlich ein Zufall, aber ein glücklicher.

Es macht uns natürlich alle betroffen, dass in der letzten Nacht in der Synagoge in Hagen der Verdacht auf eine Gefährdungssituation bestanden hat. Das zeigt natürlich auch, dass wir in unserem Land nach wie vor eine Diskussion über Antisemitismus haben, aber eben auch über Extremismus, und zwar Extremismus, der ganz gezielt auf die Delegitimation des Staates und der demokratischen Ordnung abzielt. Das ist es, was die Aufarbeitung und die Frage nach den richtigen Methoden an vielen Stellen schwieriger macht.

Auch in der Anhörung ist deutlich geworden, dass wir da eine sehr vielschichtige Aufgabenstellung vorfinden. Es ist schließlich nicht so, als ob sie an bestimmten Äußerlichkeiten erkennbar wären. Vielmehr kommen sie in Teilen in absolut sozusagen bürgerschaftlichem Erscheinungsbild daher. In Teilen sehen wir, dass diese Delegitimierungstendenzen in Bezug auf demokratische Strukturen, demokratische Ordnung und die Werte unseres Grundgesetzes bis in die vermeintliche Mitte unserer Gesellschaft zumindest vordringen. Ob sie dort verfangen, ist letztendlich ja die gemeinsame Aufgabe, der wir uns alle miteinander stellen.

Es ist unser Auftrag, an der politischen Bildung und der politischen Meinungsbildung mitzuwirken, und zwar gemeinsam und mit Unterstützung durch die Initiativen der Landeszentrale für politische Bildung, der Antisemitismusbeauftragten und vielen, die sich in der Zivilgesellschaft genau diesem Auftrag verpflichtet fühlen. Deswegen bleibt das eine gemeinsame Herausforderung. Herr Mostofizadeh hat an den rechtsextremistisch motivierten Terroranschlag in Halle vor zwei Jahren an Jom Kippur erinnert. Es bleibt gemeinsame Aufgabe und Herausforderung.

Es gibt viele Sachen, bei denen ich sagen muss, dass durch die Zeit einfach Dinge, die in dem Antrag vor zwei Jahren nicht falsch formuliert worden sind, natürlich vor allem nach den Ereignissen und den Erkenntnissen aus den Anschlägen von vor zwei Jahren und aus der Beschäftigung mit dem NSU sowie dem, was wir aus den Berichten des Verfassungsschutzes entnehmen können ...

Weil hier manchmal versucht wird, das zu relativieren: Ja, jeder Extremismus zielt auf die Delegitimation unserer staatlichen und demokratischen Ordnung. Der Verfassungsschutzbericht weist in den letzten Jahren aber eindeutig die Bedrohung durch Rechtsextremismus als die stärkere und gefährlichere aus. Das kann man so nicht wahrnehmen wollen, aber das ist jedenfalls das, was der Verfassungsschutz in seinem Bericht jedes Mal verankert. Deswegen bleibt es gemeinsame Aufgabe.

Wir haben bedauert, dass wir nicht intensiver zusammengekommen sind. Das heißt aber eben halt auch, dass das letztendlich immer dazu führt, dass man sich aufeinanderzubewegt. Das ist eines der Wesensmerkmale unserer demokratischen Kultur. Das ist in diesem Fall nicht gelungen. Deswegen haben wir einen Entschließungsantrag vorgelegt.

Ich bedanke mich bei all denen, die diese Diskussion in den letzten Jahren bereichert und unterstützt haben. Das gilt auch für die Sachverständigen. Es war eine Sachverständigenanhörung, die meines Erachtens uns allen unheimlich viel mit auf den Weg gegeben hat.

Unseren Anträgen werden wir natürlich zustimmen, den anderen mit Bedauern nicht. Das hat aber nichts damit zu tun, das ist dort nicht auch gute Ansätze gäbe, die wir als Demokraten natürlich wertschätzen.

Carina Gödecke (SPD): Wir leben und arbeiten politisch momentan in Zeiten, in denen es mit Recht gut ist, dass wir auch in ein paar Monaten noch wissen, was, warum und mit welcher Perspektive wir es gesagt haben. Deshalb macht es mich eigentlich froh, was CDU und FDP eben ausgeführt haben. Man könnte sich darüber streiten, warum unsere Anträge schon so lange vorliegen und ob und warum man nicht wirklich zueinandergekommen ist. Ich will die Perspektive deutlich nach vorne entwickeln und sagen, dass es gut ist, wenn wir auch in ein paar Monaten noch zitierfähig über die Fragen von Demokratie und Schutz der Demokratie reden können.

Überhaupt nicht fröhlich macht mich die Tatsache, dass jüdische Feiertage argumentativ instrumentalisiert werden, um in meinen Augen recht seltsame Beiträge zu liefern.

Ich finde es umso bedauerlicher – mit Bezug zu Hagen kann das wahrscheinlich kein Zufall sein –, dass es erneut Jom Kippur ist, wo wir mit einem riesigen Polizeieinsatz

eine Synagoge schützen müssen. Wenn wir Synagogen schützen müssen, dann wissen wir, dass wir viel mehr als nur ein Gebäude schützen.

Herr Keith, ich finde, dass Sie sich das als Einstieg heute wirklich mal hätten verkneifen können. Sie hätten uns genauso in die Ecke stellen können, dass wir unfähig sind, Anträge zu schreiben, und die einzige Wahrheit bei Ihnen liegt, ohne dass Sie die jüdischen Feiertage dafür missbrauchen.

Ich hatte mich aber ursprünglich gemeldet – es ist mir wichtig, dass das im Protokoll steht –, weil sehr positiv über die Landeszentrale gesprochen wurde. Diese liegt uns als SPD seit Jahren und Jahrzehnten sehr am Herzen. Ich will sehr deutlich machen, dass es bei der Landeszentrale nicht nur um die Verbesserung und Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen geht, sondern unserer Meinung nach auch immer wieder darum, dass wir uns, wenn wir hier mit der Landeszentrale sprechen und uns ihre Arbeit vorstellen lassen, auch hinsichtlich der Ziele und der Zielsetzung, die durch die Landeszentrale verwirklicht werden soll, vergewissern. Gerade die Zeiten, in denen wir leben – Herr Mostofizadeh hat das Beispiel „Verschwörungsmythen“ in einem anderen Zusammenhang angeführt –, machen deutlich, dass die Landeszentrale für uns als Parlament, als Landesregierung ein Instrument ist, um die Gegenwart sehr genau zu analysieren, zu reflektieren und daraus die wichtigen politischen Maßnahmen unter einer Zielsetzung, die wir als Landesparlament gemeinsam mit der Landesregierung verabreden müssen, festzuschreiben. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir uns nicht nur über Rahmenbedingungen, sondern in Zukunft die Arbeit auch in Anbetracht der Frage, welche Ziele verwirklicht werden sollen, anschauen.

Der Demokratiebericht – ich komme noch einmal auf unser Lieblingsthema zu sprechen – wird uns dabei enorm helfen. Was Herr Staatssekretär Kaiser in der Vergangenheit schon dazu ausgeführt hat sowie der Prozess, wie der Demokratiebericht entstanden ist, machen deutlich, dass er ein Analyseinstrument ist. Es geht nicht darum, nachher sagen zu können, dass am Ende der Legislaturperiode ein schöner Bericht steht, den man in die Bibliothek stellen kann. Vielmehr wird er aller Voraussicht nach deutlich machen, an welchen Stellen wir noch viel genauer hinschauen müssen und wo wir die vorhandenen Instrumente, Maßnahmen und Programme überprüfen müssen. Dabei wird auch die Frage nach der Unabhängigkeit von Beratungseinrichtungen und Maßnahmenträgern eine Rolle spielen. Herr Kaiser, deshalb ist es wirklich dringend notwendig, dass der Demokratiebericht bald kommt. Wir befinden uns in den Haushaltsplanberatungen, und ich kann mir gut vorstellen – das hatten Sie schon einmal angedeutet –, dass der Demokratiebericht auch notwendige Ressourcen bedeutet, deren Feststellung nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen ein bisschen schwierig wäre.

Andreas Keith (AfD): Ich gehe jetzt nicht auf die Geschmacklosigkeit, die Sie vonseiten der SPD eben gebracht haben, ein. Ganz ehrlich: Es lag mir fern, den jüdischen Feiertag in irgendeiner Weise dazu zu benutzen, das hier zu diskreditieren oder sonst irgendetwas. Das legen Sie sich so zurecht, wie Sie es immer tun – arrogant, überheblich und für sich Alleinvertretungsrechte zu allen Fragen in diesem Bereich beanspruchend. Geschenkt, machen Sie das, wie Sie wollen.

Sie selbst haben Hagen angesprochen. Wenn sich die Berichterstattung bestätigen sollte, dann handelt es sich hier um genau das, was Sie ignorieren. Es handelt sich um einen jungen Syrer. Ich wollte das Thema nicht ansprechen, aber wenn Sie jetzt in dieser Weise so arrogant, überheblich und abgehoben daherkommen, dann sage ich es Ihnen ganz deutlich: Es gab wohl Hinweise an den Verfassungsschutz. Dem Verfassungsschutz, der vor fünfzehn Jahren durch Finanzierung von etlichen Funktionären maßgeblich am Aufbau der rechtsradikalen Strukturen hier in Nordrhein-Westfalen beteiligt war, lagen wohl Informationen vor, dass ein junger Syrer einen Brand und Bombenanschlag auf die jüdische Synagoge in Hagen vorbereitet hat. Sie ignorieren das und fangen jetzt an, in der Art und Weise, wie Sie es eben geschildert haben ... Das ist unfassbar. Es gibt da jede Menge Studien.

(Carina Gödecke [SPD]: Ich habe da nicht über Rechtsextremismus gesprochen!)

Frau Freimuth, ich sage es Ihnen noch einmal ganz deutlich, damit auch Sie das verstehen. Natürlich sind der Rechtsradikalismus und der Rechtsextremismus in Deutschland extrem ausgeprägt. Das gilt es zu bekämpfen. Niemand relativiert das gegenüber anderen Extremismusformen. Er ist deutlich stärker als andere Extremismusformen. Das ist so. Das zeigen alle Zahlen, das sieht man an allem, was da ist. Das leugnet niemand von uns. Was wir aber feststellen müssen, ist doch – das ist hier eben auch passiert –, dass Sie alle anderen Formen im Bereich des Antisemitismus praktisch zur Seite legen und dazu gar nichts sagen. Davon hat man hier eben mit keinem einzigen Wort etwas gehört.

Man muss es sich mal vorstellen: Sie beziehen sich auf Hagen, bringen das selbst ins Gespräch, sagen dann aber nicht, wo die Ursachen liegen, sondern fangen an, mich zu diskreditieren, ich hätte das hier missbraucht. – Das ist irre. Ganz ehrlich, das kann ich nicht nachvollziehen. Ich wollte es nicht auf den Tisch legen, aber wenn Sie das so sagen, dann sage ich es Ihnen ebenso deutlich.

(Carina Gödecke [SPD]: Danke!)

– Ja, bitte. Vielleicht hilft es.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Das muss ich mir von Ihnen nicht sagen lassen!)

– Ich habe drei Jahre in einer jüdischen Gemeinde gelebt. Ich muss mich von Ihnen und Ihren Unverschämtheiten hier auch nicht ...

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Vielleicht könnten Sie, wenn Sie sich unterhalten wollen, das außerhalb der offiziellen Sitzung tun.

Weil er in Bezug auf Zwischenschritte der Landesregierung mehrfach und auch in Bezug auf den Demokratiebericht angesprochen wurde, würde ich als nächstes Herrn Staatssekretär Kaiser kurz das Wort geben und hoffen, dass wir möglichst zeitnah alle Informationen bekommen, die uns in die Lage versetzen, erfolgreiche Haushaltsberatungen durchzuführen.

PStS Klaus Kaiser (MKW): Ich habe hier elf Seiten Text, die ich Ihnen vortragen könnte, biete Ihnen aber an, es zusammenzufassen.

Zunächst einmal fällt mir auf, dass es auch kurz vor dem 26. September noch möglich ist, hier weitgehend sachliche Diskussionen zu führen, wenn man von einzelnen Abweichungen absieht.

Ich denke, dass das Thema für uns, für die demokratischen Fraktionen, ausgesprochen wichtig ist. Es ist wichtig, dass man das deutlich macht. In der Landesregierung ist es genauso. Wir haben es im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart, und es gibt natürlich immer weiteres Regierungshandeln.

Ich habe die Anträge heute Morgen noch einmal gelesen. Man sieht, wie Zeit und aktuelle Ereignisse reflektiert werden, gleichzeitig aber auch, wie Regierungshandeln damit einhergeht. Daher ist es aus meiner Sicht wichtig, zusammenzustehen, die Tür in diese Richtung zu schließen, einen demokratischen Konsens zu zeigen und das dann auch ernsthaft zu betreiben. Daher bin ich sehr dankbar für das, was Frau Müller-Witt eingangs gesagt hat: Wir müssen zusammenstehen, die Entwicklung geht weiter. Das hat sich in dieser Zeit gezeigt.

Zu dem, was seitens der Regierung gemacht wurde. Sowohl im interventionistischen als auch im prophylaktischen Bereich sind wir entscheidend unterwegs und haben schon einige Punkte eingezogen. Bei den Beratungsstrukturen sind wir dabei, sie zu evaluieren. Dahinter steht die Idee, nicht möglichst viele, sondern möglichst effektive Strukturen zu haben und danach zu fragen, wie wir das erreichen. Da sind Erkenntnis und Reflexion sicherlich wichtig.

Zu den Förderungen. In mehreren Beiträgen ist angesprochen worden, dass es um Verlässlichkeit, insbesondere um finanzielle Verlässlichkeit, geht. Auch diesbezüglich sind wir aktiv geworden. Wir sind von der Einjährigkeit weg hin zu einer mehrjährigen Förderung von Projekten übergegangen, damit es für die Projektträger Verlässlichkeit gibt. Sie als politisch Handelnde und Entscheidende wissen, dass man nicht alles sofort institutionell fördern kann. Eine solche Verlässlichkeit ist erreicht worden – insbesondere im Bereich des Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dieses Integrierte Handlungskonzept ist von der Landesregierung im August 2020 als Daueraufgabe verstetigt worden. Auch da gibt es hinsichtlich des Rahmens Verlässlichkeit, und man kann sagen, dass die gesamte Fragestellung nicht etwa infrage gestellt, sondern institutionell gestärkt und unterstützt wird und sich weiter entwickeln kann.

Aus meiner Sicht sind wir in Bezug darauf, dass die politische Bildung eine entsprechende Bedeutung hat, die Jung und Alt betrifft, also sowohl die Erwachsenenbildung als auch den Schulbereich, selbst den vorschulischen Bereich, sinnvoll unterwegs. Im Weiterbildungsgesetz haben wir die politische Bildung noch einmal gestärkt, wie die hier Beteiligten wohl wissen.

Die Frage nach dem Demokratiebericht ist legitim. Frau Gödecke hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es Zusammenhänge zwischen Ressourcen und Schlussfolgerungen, die in einem solchen Bericht enthalten sind, gibt. Wir sind mit der Ressortabstimmung weitgehend fertig. Einige Kleinigkeiten sind noch nachzujustieren, aber wir können

den Bericht zeitnah vorlegen. Sobald es ein verlässliches Datum gibt, würde ich vorschlagen, dass man ihn eventuell in einer Obleuterunde gemeinsam bespricht und so einen Weg findet, um zusammenzukommen. Das ist, wie ich denke, im Interesse aller. Frau Müller-Witt hat die Zeiträume angesprochen – von Oktober bis Dezember. Wenn wir in dieser Zeit in der bewährten Form und den bewährten Zeitabläufen darüber diskutieren, dann macht das Sinn. Hinsichtlich des Fassens von Beschlüssen zu Ressourcen gibt es dann ja noch einen entsprechenden Zeitraum. Natürlich waren Befragungen coronabedingt etwas schwieriger. Deswegen hat sich das in gewissem Maße verzögert; darüber hatten wir bei Gelegenheit schon berichtet.

Insgesamt haben wir also Strukturen gefestigt. Das Thema ist ein großes Anliegen der Landesregierung. Nicht zuletzt macht das die Berufung der Antisemitismusbeauftragten auch nach außen deutlich. Das Handeln findet aber auch im Bereich der politischen Bildung, mit der wir uns hier im Hauptausschuss schwerpunktmäßig befassen, entsprechende Resonanz. – Soweit der Bericht.

Zu den Verhandlungen zwischen den Antragstellern kann ich keine Wertung wagen, habe den Tenor hier aber gesehen. Aus meiner Sicht gibt es einen Konsens in der Sache, dass man da weiterkommen will, und dann wird das auch gelingen.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Wir stimmen nun einzeln über die Anträge ab. Wir stimmen außerdem über den Entschließungsantrag zu TOP 2 ab. Zu TOP 1 findet noch eine Beratung und Abstimmung im Plenum statt, wie das Ausschussesekretariat mitgeteilt hat, weshalb wir nicht über die Entschließungsanträge abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/7914 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8746 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag Drucksache 17/15184 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/8778 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von SPD bei Enthaltung der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Gesetz zur Änderung des Schiedsamtgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14961

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Hauptausschuss am 08.09.2021)

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen,
kein Votum abzugeben und seine Beratung zu beenden.

5 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 09.09.2021)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk informiert, der federführende Ausschuss habe noch kein Verfahren beschlossen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) bekundet, wegen des im Antrag enthaltenen Themas, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, reizte eine pflichtige Beteiligung, falls im federführenden Ausschuss die Durchführung einer Anhörung beschlossen würde, dennoch schlage sie eine nachrichtliche Beteiligung vor.

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an einer Anhörung zu beteiligen, falls der federführende Ausschuss eine solche beschließt.

6 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

- 7 Im Anschluss an die Sitzung ab 11:30 Uhr in der Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“: Besichtigung der Stiftungsräumlichkeiten und Rundgang durch die Jubiläumsausstellung „UNSER LAND. 75 Jahre Nordrhein-Westfalen“**

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk kündigt an, der Rundgang durch die Ausstellung des Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen im Behrensbaus mit Begleitung durch die Leitung dieses Hauses werde um 11:30 Uhr beginnen.

gez. Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender

12.11.2021/15.11.2021

12